



Miltalbadener Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. Fern ins Haus geliefert durch die Post bezogen im Inland monatlich 1.50 RM. Einzelnummer 10 Pf. - Abonnementspreis 10 Pf. mehr berechnen. - Schluss der Anzeigen nimmt Redaktion nach Karf. für Offerten und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. - In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Rückgewähr weg. täglich 8 Uhr vormittags. - In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Rückgewähr weg.
Verl. Verlag u. veranm. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wildbadstr. 26, Tel. 479. - Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 275 Freitag den 24. November 1933. 68. Jahrgang.

Der deutsche Schicksalskampf an der Saar

Das Ringen der „Deutschen Front“ von Ernst Erwin Brandt

Der Kampf des Deutschtums an der Saar um seine Rechte ist in ein neues Stadium getreten. Die vom Völkerbund mit der Verwaltung des Saargebietes beauftragte Regierungskommission, an deren Spitze zur Zeit der Engländer Knox steht, hat die Maske der Neutralität, zu der sie eigentlich laut Saarstatut verpflichtet ist, die sie aber immer wieder zugunsten der französischen Politik aufgegeben hat, fallen lassen.

Seit einigen Monaten jagt eine Verordnung die andere, folgt ein Verbot dem anderen, unterliegt das gesamte öffentliche Leben des Saargebietes, ja sogar das persönliche jedes einzelnen deutschbewußten Saarländers der Kontrolle der Regierungskommission. Das natürliche Recht jedes Volkes, das Bekenntnis zur Nation, wird hier auf deutschem Boden mit kaum mehr erträglichen Gewaltmaßnahmen einer volksfremden Verwaltungsbehörde unterdrückt. Angeblich zum Schutze der Bevölkerung, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Ruhe werden Gesetzeskraft erhaltende Bestimmungen erlassen, die eine verschwindende Mehrheit marxistischer Landesverräter und separatistischer Spitzel und Denunzianten schützen sollen, während in schreiendem Widerspruch zu den getroffenen Vereinbarungen eine überwältigende Mehrheit deutschbewußter Männer und Frauen des deutschen Saargebietes recht- und schutzlos gemacht wird.

In erster Linie richten sich die scharfen Verfügungen der Saarregierung gegen die saarländische NSDAP, und deren Landesführer Spaniol. Mit Gewalt will die Saarregierung den Vortrupp der nationalen Erhebung unterdrücken. Aber gerade diese Absicht der Regierungskommission hat dazu geführt, daß — Erkenntnis der Gefahren, die dem Deutschtum durch diese Politik drohen — alle deutschbewußten Parteien und Organisationen des Saargebietes sich zu der großen Deutschen Front zusammengeschlossen haben, gewillt, Schulter an Schulter mit allen deutschen Volksgenossen den Endkampf um die Freiheit zu führen. Es gibt im Saargebiet keine deutschen Parteien mehr, es gibt auch keine verschiedenen deutschen Arbeiterverbände mehr, es gibt nur eine geeinte Deutsche Front und eine ebenso einzige Deutsche Gewerkschaftsfront-Saar. Diesen machtvollen und geschlossenen Einheiten steht eine täglich mehr und mehr in sich zerfallende SPD, stehen Kommunisten und die von französischem Gelde bezahlten gewerkschaftlichen Separatistischen Landesverräter gegenüber, die Hand in Hand mit der seit Jahren die deutsche Bergarbeiterchaft in ihrer Existenz bedrohenden französischen Bergwerksdirektion gegen das Deutschtum, also auch gegen ihre eigenen Arbeitskollegen arbeiten.

Die Politik der nur noch französischen Absichten folgenden Saarregierung wendet sich nunmehr mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Deutsche Front. Man erfährt die saarländische Polizei, die sich naturgemäß zum größten Teil aus deutschbewußten Saarländern zusammensetzt, durch internationale Polizeikräfte. Das deutsche Vereinsrecht im Saargebiet ist weitgehend geändert worden. Die Führer saarländischer Vereinigungen politischer kultureller und wirtschaftlicher Art müssen Saarländer sein und dürfen keinerlei außer-saarländischen Vertretungen angehören. Diese Bestimmung richtet sich in erster Linie gegen den Landesführer der NSDAP, der Mitglied des preussischen Staatsrates ist.

In den letzten Tagen hat die Regierungskommission dem saarländischen Landesrat, der einzigen öffentlichen Vertretung der deutschen Saarbewohner, die jedoch bezeichnenderweise nur begrenzende Rechte hat, eine Reihe von Entwürfen zugehen lassen, die, falls sie Gesetzeskraft erhalten (und es besteht kein Zweifel, daß die Regierungskommission dafür sorgen wird), die schwerste politische Unterdrückung und völlige Beraubung auch der ursprünglichsten Volksrechte darstellen. Die schärfsten Eingriffe erlaubt sich die Regierungskommission in das im Saargebiet noch geltende deutsche Handelsammergesetz. Der Entwurf zur Abänderung des Gesetzes sieht eine dauernde Kontrolle durch einen Sonderkommissar der Regierungskommission vor, hebt fast sämtliche Rechte eines Selbstverwaltungsorgans auf und bringt alle Vertreter der Kammer, im besonderen die Vorsitzenden und die Beamten und Angestellten, in Abhängigkeit von der Regierungskommission. Diese Vorlage ist selbstverständlich vom Landesrat abgelehnt worden.

Schwere Gefängnisstrafen stehen auf Übertretung des Uniformverbotes, ebenso auf das Tragen von Abzeichen, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen. Sogar das Feilhalten von Uniformen wird schon mit Gefängnis bestraft. Geländeporto und Märkte sind verboten. Wer sich außerhalb des Saargebietes an einer im Saargebiet verbotenen Organisation beteiligt oder auch nur an ihren Veranstaltungen teilnimmt, wird ebenfalls mit Gefängnis bestraft. Am schärfsten geht man

Tagespiegel.

Die Deutsche Arbeitsfront hat im Einvernehmen mit der NSDAP und der NSD, einen Aufruf erlassen, der sich für kleine Preise und großen Umsatz ausspricht.

Die von der saarländischen Regierungskommission „für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ erlassenen 6 Gesetzesvorlagen sind von der deutschen Front abgelehnt worden; die Sozialdemokraten haben den Gesetzesentwürfen zugestimmt.

Das endgültige amtliche Wahlergebnis hat nur unbedeutende Veränderungen gebracht. Im ganzen sind 661 Reichstagsabgeordnete gewählt.

Der Sieg der spanischen Rechtsparteien bei den Wahlen ist nunmehr, nachdem das Ergebnis bekannt gegeben wurde, deutlich. In Katalonien drohen Unruhen auszubrechen. Die Stich- und Nachwahlen sind erst im Dezember.

Im Reichstagsbrandstifterprozeß in Leipzig gab es eine große Sensation. Der Hauptangeklagte van der Lubbe begann zu reden, verneint aber noch immer Mithelfer gehabt zu haben.

In der französischen Kammer hat die neue Haushaltschätzung am Donnerstag nachmittag begonnen, die die Entscheidung über den Weiterbestand der Regierung Sarraut bringen muß.

In Karlsruhe wurde eine Verkehrsarbeitsgemeinschaft Süddeutschland gegründet, die Baden, Württemberg und Hohenzollern umfaßt, zum Zweck der Verkehrsverbesserung und -förderung.

gegen Beamte vor, die sich an derartigen Vereinigungen beteiligen, sie können aus ihrem Amt entlassen werden. Das heißt nichts anderes, als daß der deutschbewußte saarländische Beamte sich überhaupt nicht mehr zu seinem Volke bekennen darf. Selbst die Wohlfahrtsorganisationen politischer Vereinigungen dürfen keinerlei Sammlungen, die für arme Volksgenossen bestimmt sind, veranstalten. Größte Empörung erregt es in allen deutschbewußten Kreisen, daß man durch besondere Bestimmungen jene Landesverräter, die tagaus-tagein gegen das deutsche Volk in der verwerflichsten Weise gehen, die sich nicht scheuen, deutsche Volksgenossen ob ihres Deutschtums bei der Regierungskommission zu verdächtigen, schützen will, indem man diejenigen, die einen Einwohner des Saargebietes nach der Volksabstimmung durch Verrat oder Achtungserklärung brandmarken, mit schweren Gefängnisstrafen bedroht. Selbstverständlich untersteht die gesamte saarländische Presse, soweit sie für das Deutschtum kämpft, der ständigen Beaufsichtigung durch die Regierungskommission; die für sie geltenden Bestimmungen haben noch eine wesentliche Verschärfung erfahren.

Neue Maßnahmen politischer Unterdrückung, die noch gar nicht gesetzlich verankert sind, finden bereits weitgehende Anwendung. So werden Telefongespräche überwacht. Die auch im Saargebiet immer noch geltende deutsche Rechtsprechung wird, wenn es der Regierungskommission paßt, einfach außer Kurs gesetzt, indem an Urteile saarländischer Gerichte zur nochmaligen Behandlung an das oberste Gericht des Saargebietes in Saarlouis verweist. In diesem Gericht sitzen heute fast nur ausländische Richter. Des weiteren ist ein ausländischer Generalstaatsanwalt der oberste Anklagenvertreter.

Die heutigen Zustände, an denen unnatürlicher Zuspitzung niemand anders als die Regierungskommission und die von ihr so liebevoll betreuten Landesverräter und Separatisten schuld sind, weisen eine verzweifelte Kehlschrei mit jener Zeit auf, da der erste Präsident der Regierungskommission, der berühmte Franzose Rault, mit Hilfe französischer Bajonette im Saargebiet eine unumschränkte Gewaltherrschaft ausübte. Aber allen fremden Gewalten zum Trotz wird die deutsche Saarbewölkerung im Jahre 1933 bewiesen, daß nichts, auch nicht die drakonischen Strafen und Straandrohungen der derzeitigen Gewalthaber, sie von ihrem Volke trennen kann!

Der Reichstagsbrandstifter-Prozeß van der Lubbe fängt zu reden an

Leipzig, 23. Nov. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen im Reichstagsbrandstifter-Prozeß gegen van der Lubbe und Ge-

Schlecht Wetter droht! Jetzt, wo schneidende Kälte und nachlassendes Wetter miteinander abwechseln, braucht die Haut besondere Pflege, soll sie nicht eifrig und trocken werden. Bei dem Hin- und Hergehen findet die Haut in Leertem, der tief in die Haut eindringt, einen idealen Schutz gegen alle Witterungseinflüsse. Durch seinen Gehalt an natürlichem Sonnen-Vitamin fördert Reoltem zugleich den Aufbau der Haut. Machen Sie noch heute einen Versuch! Dosen zu 50, 50, 22, 15 Pfg. in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

nossen erfolgte im Reichsgericht zu Leipzig am Donnerstag vor-mittag. Senatspräsident Dr. Binger gibt bekannt, daß vor dem Eintritt in den politischen Teil der Verhandlung noch einige Reste aus dem Berliner Abschnitt der Beweisaufnahme durch Zeugenvernehmungen zu erledigen seien. Der Hauptverhandlungs-saal des Reichsgerichts bietet nicht mehr das Bild wie im ersten Abschnitt der Verhandlung; die Pressevertreter sind in geringerer Zahl anwesend. Auch die Zuhörer haben sich nicht in so gedrängter Fülle eingefunden, wie zu Anfang. Van der Lubbe sieht fast frei in den Saal hinein.

Zunächst gibt der Reichstagsbrandstifterführer Dürsther über das Herausbringen der Garderobe zu Torgler eine Darstellung. Nach seiner Ansicht ist die Garderobe erst kurz vor 8 Uhr Torgler ins Zimmer gebracht worden.

Der Zeuge Barz aus Berlin ist vom 1930 bis November 1932 Mitglied der Roten Hilfe gewesen und soll Aussagen machen über die Bepfropfung, die nach der Befragung des Zeugen Grothe in seiner Wohnung Anfang April dieses Jahres stattgefunden haben soll. Der Zeuge erklärt aber, daß ihm zwar Grothe, nicht aber Singer bekannt ist.

Zeuge: Ich bin in der fraglichen Zeit immer zu Hause gewesen und während meiner Abwesenheit hat eine solche Bepfropfung nicht stattgefunden. Ich war in diesen Tagen nur dreimal fort und zwar zweimal etwa anderthalb Stunden beim Arzt und ein drittesmal am 7. April zum Stempeln. Es wäre nur möglich, daß diese Zusammenkunft in meiner Wohnung stattgefunden hat, als ich nicht da war.

Während das Gericht sich die größte Mühe gab, die Widersprüche zwischen den Aussagen der Zeugen Grothe und Barz aufzuklären, stellte van der Lubbe plötzliche Fragen. Er erhob sich mitten in der Vernehmung des Zeugen Barz und begann zu sprechen.

Lubbe will ein Urteil haben

van der Lubbe: Wir haben jetzt drei Monate Prozeß gehabt. Einmal in Leipzig dann in Berlin und jetzt zum drittenmal wieder in Leipzig. Ich möchte wissen, wann das Urteil ausgesprochen und wann es vollstreckt wird. Ich habe den Reichstag angefeindet. Aber was darnach gekommen ist, ist doch etwas ganz anderes. Ich möchte gern fragen, wann das Urteil kommen wird.

Vorsitzender: Das kann ich aber heute noch nicht sagen.

Rechtsanwalt Dr. Seuffert (zum Angeklagten): Diese Fragen kommen alle, weil wohl andere Mitläufer beteiligt sind.

Oberreichsanwalt Werner: Vielleicht fragt man ihn einmal, wie er sich zur Frage der Mitschuldigen stellt.

Vorsitzender: Es liegt an Ihnen, daß Sie mehr mit der Sprache herauskommen, wer die Mitläufer sind. Die Länge des Prozesses hängt auch von Ihnen ab.

van der Lubbe: Das ist doch aufgeklärt. Ich habe schon zu verstehen gegeben, daß ich den Reichstag angezündet habe. (Dimitroff redet mit einigen Worten auf van der Lubbe ein, wird aber zur Ruhe gebracht.) Das ist nur ein Prozeß. Also wird doch mal ein Urteil kommen. Es geht jetzt schon acht Monaten.

Vorsitzender: Sagen Sie ihm einmal (zum Dolmetscher), daß auch noch andere mitangeklagt sind, mit ihm zusammen die Tat ausgeführt zu haben und daß das alles erst aufgeklärt sein muß, ehe wir zu einem Urteil kommen. Das Gericht muß über die Anklage befinden.

Rechtsanwalt Dr. Seuffert: Sie haben bisher gesagt, daß Ihnen niemand geholfen hat.

Lubbe: Ja. Das ist richtig. Die Entwicklung dieses Prozesses — so geht von der Lubbes Redeschwall, wie man ihn fast bezeichnen kann — wird zu umständlich. Ich verlange, so ruft er mit Betonung und mit sehr lebhafter Handbewegung aus, vom Präsidenten... Ohne diesen Satz zu vollenden, wiederholt er noch einmal: „Der Gang und die Entwicklung ist zu unständlich.“

Vorsitzender: Das liegt aber nur an Ihnen.

Lubbe: Hier sind auch andere Angeklagte und die beschäftigen doch selbständig, daß sie nichts mit dem Prozeß zu tun haben und nicht den Reichstag angezündet haben und nicht drin gewesen sind.

Vorsitzender: Darüber aber muß gerade Beweis erhoben werden. Das kann nicht von der Verhandlung gegen Sie abgetrennt werden.

Lubbe setzt zu neuen Ausführungen an und erklärt: Durch die Entwicklung dieser acht Monate, die ich in Haft bin, hat sich deutlich gezeigt, wo ich mich aufgehalten habe und wo ich gewesen bin.

Oberreichsanwalt Werner: Ich bitte, ihn noch einmal ausdrücklich zu fragen, ob er irgend einen Helfer bei der Tat gehabt hat, oder ob er sie allein ausgeführt hat.

Vorsitzender: Ich habe schon wiederholt gesagt, daß man gerade Ihrer Angabe, daß Sie allein ohne Hilfe das gemacht haben, nicht glauben kann und zwar vorwiegend nach den Feststellungen der Sachverständigen. Nun sagen Sie einmal, mit wem Sie das gemacht haben oder wer Sie unterstützt hat.

Lubbe: Dimitroff und die anderen sind in den Prozeß hineingekommen, aber nicht beteiligt. Sie haben die Tat nicht begangen. Ich will jedenfalls ein Urteil haben, 20 Jahre Gefängnis oder den Tod. Aber ich will, daß etwas geschieht. Ich will auch die gewöhnliche Kleidung haben.

Der Vorsitzende läßt dem Angeklagten van der Lubbe sagen, der Angeklagte trage ja selbst Schuld an der langen Dauer des Prozesses, weil er beharrlich behauptet, er trage die alleinige Schuld am Reichstagsbrand.



van der Lubbe erklärt dazu, die Entwicklung, in der man die Hauptschuld suchen wolle, finde nicht sein Einverständnis. „Ich muß auf das schärfste Widerspruch erheben, daß man nach dem Werturteil von Beamten in Fesseln gelegt wird und daß man auch den Prozeß nur gemäß solchen Urteilen führt. Mit dieser Theorie bin ich nicht einverstanden. Ich will ins Gefängnis. Man kann doch auch die anderen Angeklagten Dimitroff und Torgler fragen, ob sie schuldig sind oder nicht. Dann können sie antworten.“

Senatspräsident Dr. Büniger: Erst hat er sich darauf berufen, daß die anderen Angeklagten gefragt hätten, sie hätten das nicht getan. Aber er weiß doch selbst, daß damit nichts bewiesen ist, wenn die anderen nichts damit zu tun haben wollen.

van der Lubbe: Noch nie ist an die anderen Angeklagten die Frage gestellt worden, ob sie den Reichstag angezündet haben oder nicht.

Reichsgerichtsrat Coenders: Darauf können sie ja nur Ja oder Nein sagen.

Senatspräsident Dr. Büniger: Das haben die Angeklagten doch wiederholt gesagt, daß sie nicht beteiligt seien. Darauf beruht ja deren ganze Verteidigung.

van der Lubbe: Ich bin der Angeklagte. Ich sehe, daß die Teilnahme der anderen auch nicht bewiesen werden kann. Gegen den Symbolismus erhebe ich Widerspruch.

Senatspräsident Dr. Büniger: Was versteht er denn unter Symbolismus?

Verteidiger Dr. Seuffert: Offenbar die Behauptung, daß die Brandstiftung im Reichstag den Charakter eines Symbols gehabt habe.

Oberreichsanwalt Werner: Hat er mit irgend jemand verabredet, die Tat zu begehen oder hat er mit irgend jemanden über die Tat gesprochen, bevor er den Reichstag in Brand setzte?

van der Lubbe: Nein. Der Reichstagsbrand bleibt immer das gleiche Bild, das nicht verändert werden kann. Man entwickelt um den Reichstagsbrand einen großen Prozeß. Aber ich sehe darin keinen Segen. Die Brandstiftung ist eine Tat von zehn Minuten gewesen. Aber alles, was danach geschieht, ist, das muß wichtig sein; das kann eine Person nicht so machen. In der Gefängniszelle bin ich hin und hergelaufen mit deutlichen Bildern. Ich habe die Entwicklung mitmachen müssen, daß ich fünf- und sechsmal Essen pro Tag bekomme, damit kann ich mich nicht einverstanden erklären.

Der Vorsitzende unterbricht den etwas konfus gewordenen Redefluß des Angeklagten van der Lubbe und bemerkt: Aber die Hauptsache ist und bleibt, daß man nicht annehmen kann, daß Sie den Reichstag in zehn Minuten allein angezündet haben. Das glauben die allerwenigsten. Wenn Sie nicht klar sagen, wie der Plenarsaal angezündet worden ist, dann muß der Prozeß so zu Ende geführt werden, wie bisher. Immerhin ist ja auch der größte Teil des Prozesses schon vorbei.

van der Lubbe: Ich sagte schon, in der Untersuchung ist das viel deutlicher gesagt worden als jetzt in dem Prozeß.

Reichsanwalt Dr. Teichert: Welche Mittel hat van der Lubbe dazu benutzt, um den Saal anzuzünden?

van der Lubbe: Das habe ich in den Protokollen alles klar gemacht. Mit meiner Zede.

Vorsitzender: Haben Sie denn die Aussagen der Sachverständigen verstanden, die das für unmöglich erklärten? van der Lubbe: Ja. Die sagen immer, es sei ausgeschlossen, daß eine Person das gemacht hat. Das ist der persönliche Glaube der Sachverständigen. Ich habe es aber doch allein gemacht. Ich habe mit meiner Zede allein den Plenarsaal angezündet. Lubbe spricht auch weiterhin fließend und läßt den Dolmetscher kaum zum Wort kommen. Er spricht teilweise erregt und laut und begleitet seine Ausführungen mit lebhaften Handbewegungen.

Der Angeklagte Dimitroff erklärt zu Lubbe gewandt: Nach meiner Meinung hat der Präsident recht, wenn er es als unglaubhaft bezeichnet, daß nur eine Person den komplizierten Brand angezündet hat. van der Lubbe wendet sich zu Dimitroff mit dem Einwurf: Der Brand ist gar nicht kompliziert. Er ist ganz einfach zu erklären. Aber was drumrum geschieht, ist etwas anderes gewesen. Die Brandstiftung selbst ist sehr einfach.

Der Vorsitzende legt eine Pause ein und er sucht den Angeklagten, sich die Sache noch einmal zu überlegen und sich dann zu äußern, was er am letzten Tage vor dem Brand gemacht habe.

Nach der Pause läßt der Vorsitzende den Angeklagten van der Lubbe vor den Richtertisch treten und erklärt, daß er ihn jetzt nochmals gründlich über die Vorgänge vor dem Reichstagsbrand vernehmen wolle. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten aus den verschiedenen Protokollen die Aussagen Lubbes über seine Gespräche mit den Neutöllner Kommunisten und die daraus folgenden Dinge vor. Der Angeklagte gibt nur zögernd und kurz bescheidene Antworten auf die Fragen. Trotz der Aufforderung, sich zusammenhängend zu äußern, beschränkt er sich auf kurze

Antworten auf die Vorhalte. Das ändert sich erst, als der Vorsitzende fragt, ob die Neutöllner, mit denen er mehrere Tage verkehrte, Kommunisten gewesen seien. Lubbe jagt darauf erregt: Das kann ich doch nicht sagen, ob es Kommunisten waren. Vorsitzender: Haben Sie denn nicht mit den Leuten darüber gesprochen? Haben Sie nicht gefragt, ob sie Kommunisten sind? Lubbe: Man fragt so etwas nicht. Vorsitzender: Wenn Sie jetzt sagen, Sie wüßten nicht, ob es Kommunisten waren, so glauben wir Ihnen nicht. Lubbe: Ich antworte auf die Fragen das, was ich weiß. Vorsitzender: Wann haben Sie die Absicht gefaßt, den Reichstag anzuzünden? Lubbe: In der Nacht vom Freitag zum Samstag. Ich kann mich daran erinnern, daß ich am Samstag morgen den Entschluß gefaßt habe. Darüber habe ich aber mit keinem anderen gesprochen. Vorsitzender: Warum nicht? Lubbe: Weil ich das als meine eigene Angelegenheit ansehe. Ich habe das doch alles schon angeführt. Wenn es so wichtig erscheint, dann kann ich es ja wiederholen.

Der Vorsitzende fragt weiter, warum van der Lubbe nach Deutschland gekommen sei. Er erwidert darauf: Wegen der neuen Verträge aus Deutschland, verneint aber, daß er damit die Regierung meinte. Auf weitere Fragen erklärt Lubbe: Als er den Entschluß faßte, das Wolsfahrtsamt, das Schloß usw. in Brand zu setzen, habe er an den Reichstag noch nicht gedacht. Dieser Entschluß sei ihm erst am Montag morgen gekommen. Auch in Hennigsdorf habe er daran noch nicht gedacht. Vorsitzender: Das ist sehr unwahrscheinlich und ich glaube Ihnen das nicht.

Lubbe: Auf dem Wege von Hennigsdorf nach Berlin kam mir morgens der Gedanke, ein Gebäude anzuzünden, und in der Müllerstraße habe ich dann, nachdem ich überlegt hatte, welches Gebäude in Frage kommt, mich entschlossen, den Reichstag anzuzünden.

Vorsitzender: Das wird Ihnen keiner glauben. Im übrigen haben die Gelehrten festgestellt, und auch der gesunde Menschenverstand sagt es, daß Sie den Reichstagsbrand nicht allein gemacht haben können.

Lubbe: Ich habe den Brand angezündet und der Brand hat sich selber ausgebreitet.

Vorsitzender: Und wer hat das andere gemacht, die Vorbereitungen? Lubbe: Weiter keiner.

van der Lubbe schildert nochmals kurz die Brandlegung im Reichstag und behauptet, im Plenarsaal habe er zuerst die Gardine angezündet. Vorsitzender: Das stimmt alles nicht, denn die Sachverständigen sagen, die Gardine brennt gar nicht oder doch sehr schwer. Lubbe: Sie hat aber doch gebrannt. Vorsitzender: Wir glauben Ihnen das nicht, weil das Feuer, das nachher gesehen worden ist, ganz anders aussah, als daß Sie es nach der Art Ihrer Schilderung angezündet haben könnten. Es war aus dem Präsidium eine lange Flamme und auf den Stühlen waren einzelne Flammen ohne Zusammenhang miteinander. Wollen Sie behaupten, daß Sie auf jedem einzelnen Tisch die Flammen angezündet haben?

Lubbe: Ich habe nicht behauptet, daß ich das gemacht habe.

Vorsitzender: Wer hat es denn gemacht?

Lubbe: Ich habe nur gesagt, daß ich den Vorhang angezündet habe.

Vorsitzender: Wer hat das andere gemacht?

Lubbe: Das kann ich nicht sagen, das sollen ...

Vorsitzender: Was wollten Sie weiter sagen? Der Angeklagte schweigt.

Vorsitzender: Sie haben heute bisher das selbe gesagt wie früher. Zwei Punkte können wir Ihnen aber nicht glauben: Erstens glauben wir nicht, daß Sie erst am Montag morgen den Entschluß gefaßt haben, den Reichstag anzuzünden, zweitens können wir Ihnen nicht glauben, daß Sie das allein gemacht haben. Wenn Sie nicht dazu beitragen, daß hier auf den Grund gesehen wird, dann muß ich das Verfahren noch länger hinstrecken.

Oberreichsanwalt: Hat der Angeklagte flüssige Brandmittel gehabt? Lubbe: Ich habe als Brandmaterial nur die Kohlenanzünder gehabt. Ich habe auch nichts auf die Kohlenanzünder aufgeschüttet, sondern ich habe sie mit Streichhölzern angezündet.

Der Oberreichsanwalt fragt, ob er sich mit Absicht im Reichstagsaal habe festnehmen lassen, oder wie er sich das Entkommen aus dem Reichstag gedacht habe. Lubbe erwidert, er habe abgewartet bis die Sache zu Ende war. Oberreichsanwalt: Sie haben früher gesagt, daß Sie gar nicht flüchten wollten. Lubbe gibt das zu. Vorsitzender: Hat Ihnen jemand gesagt, daß Sie sich festnehmen lassen sollten? Lubbe: Ich habe mit niemanden darüber gesprochen.

Der Angeklagte Dimitroff meldet sich zur Fragestellung. Trotz der Ermahnung des Vorsitzenden, sich auf Fragen zu beschränken, gleitet Dimitroff wieder auf politisches Gebiet, so daß sich der Vorsitzende schließlich gezwungen sieht, Dimitroff das Wort zu entziehen.

Sie staunte von Stunde zu Stunde mehr. Wie dem Teufelsmadel die Arbeit von der Hand ging! Es war eine Lust, den sinken Fingern zuzusehen.

„Man kann's nicht glauben, daß die Fingerchen den ganzen Tag Schreibmaschine tippen, und jetzt geht ihnen das Kartoffelschälgen genau so fig von der Hand,“ sagte sie zu Elfe.

„In der Stadt müssen wir auch im Haushalt tüchtig mitarbeiten. Das geht nicht anders.“

Natürlich war die Ramsell auch neugierig, wollte Näheres über zu Hause wissen. Elfe hatte das schon erwartet und sich ein Märchen zurecht gemacht, das sie Frau Rosellen erzählte.

Ueber Willfried ... den jungen Herrn ... war Frau Rosellen ganz besonders glücklich. Sie fühlte seine warme menschliche Behandlung angenehm und ... daß er den Bruch meisterte, das imponierte ihr ganz besonders.

Denn ... das sagte sie Elfe im Vertrauen ... den konnte sie nicht erriechen.

Frau Rosellen war eine gutmütige, alte Seele. Sie verstand ihren Kram, bildete sich deswegen aber nicht ein, daß es andere nicht noch besser verstehen könnten. Im Gegenteil, sie war ganz Ohr für alles, was ihr Elfe Neues, Unbekanntes erzählte. Als sie erfuhr, daß sie gut kochen könne, da war sie Feuer und Flamme dafür, daß ihr Elfe ihre Rünste — was sie eben noch nicht kannte — beibringe. Gemeinsam wollten sie ein Essen kochen, daß sich alle die zehn Finger danach ledern sollten.

Am Abend traf Elfe Herrn Willfried auf dem Hofe. Sie grüßte verlegen.

Willfried dankte und fragte: „Nun, wie haben wir uns eingewöhnt?“

„Recht gut, Herr von Kamerling. Die Ramsell ist so gut zu mir.“

„Das ist recht, daß Sie sich gut mit ihr verstehen. Ist ein liebes altes Weiblein. Aber denken Sie daran, daß es

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden bestätigt van der Lubbe, daß er zuletzt bei der Brandlegung Stimmen gehört und gerade deswegen noch schnell im Umgang Feuer angelegt habe. Er habe eben so viel wie möglich Brandstellen anlegen wollen, ehe er gefaßt wurde. Er sei nicht vorher im Plenarsaal gewesen. Er habe den Plenarsaal selbst angezündet. Dimitroff: Ich glaube, daß van der Lubbe persönlich der Ueberzeugung gewesen ist, daß er es allein war. Vielleicht hat er aber mit jemanden vorher darüber gesprochen und ist ein mißbrauchtes Werkzeug geworden. Lubbe verneint dies zu wiederholten Malen.

Nach weiteren Fragen wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Das amtliche Gesamtergebnis

von Volksabstimmung und Reichstagswahl

Berlin, 23. Nov. Der Reichswahlprüfungsausschuss stellte unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters die amtlichen endgültigen Gesamtergebnisse der Volksabstimmung und der Reichstagswahl vom 12. November ds. Js. fest, die nur ganz geringfügig von den zuletzt bekanntgegebenen vorläufigen Ergebnissen abweichen. Bei der Volksabstimmung wurden 40 632 628 gültige Ja-Stimmen abgegeben. Hinsichtlich des Reichstags bleibt es bei den schon ermittelten 661 Reichstagsmandaten, wovon 645 auf die Wählerkreise und 16 auf die Reichsliste entfallen.

Im einzelnen stellt sich das endgültige Gesamtergebnis wie folgt:

Gesamtzahl der zur Reichstagswahl abgegebenen Stimmen	43 053 616
Zahl der auf die Kreiswahlvorschläge der NSDAP. entfallenden gültigen Stimmen	39 655 212
Gesamtzahl der zur Volksabstimmung abgegebenen Stimmen	43 491 573
Zahl der gültigen „Ja“-Stimmen	40 632 628
Zahl der gültigen „Nein“-Stimmen	2 101 191
Zahl der ungültigen Stimmen	757 756
Die Zahl der Stimmberechtigten betrug	45 176 713
Davon haben 1 231 905 auf Stimmscheine gestimmt.	

Im Gegensatz zu früheren Wahlen fand diesmal keine nennenswerten Wählerjörüche zu verzeichnen.

Selbte über die Arbeitslosigkeit

Oldenburg, 23. Nov. Aus Anlaß seines Besuches in Bremen gewährte Reichsarbeitsminister Selbte dem politischen Schriftleiter Dr. Dr. Konrad Bartsch von den Oldenburger „Nachrichten für Stadt und Land“ eine Unterredung. Reichsminister Selbte wies zunächst einleitend darauf hin, daß sich die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Höchststand des Winters 1932/33 bis Ende Oktober 1933 um rund 2,25 Millionen, d. h. um fast 38 v. H. vermindert habe. An der Abnahme war die Arbeiterchaft mit 2,15 Millionen, die Angestelltenchaft mit etwas über 100 000 beteiligt. Von den 2,15 Millionen entfallen rund 232 000 auf die Land- und Forstwirtschaft, der Rest auf Industrie, Handwerk und Handel. Außer den 230 000 Arbeitslosen, nahm aber die Landwirtschaft noch eine beträchtliche Zahl berufstrender Arbeitskräfte auf, so z. B. rund 165 000 Landbesitzer. Am stärksten abgenommen hat die Arbeitslosigkeit im Bauwesen (minus 285 000) und in der Metallwirtschaft (minus 335 000). Der Minister wies dann u. a. darauf hin, daß seit Frühjahr 1932 das Reich für die öffentliche Arbeitsbeschaffung über 3,75 Milliarden RM. zur Verfügung gestellt hat, wozu noch die Beschäftigungsmahnahmen der Reichsbahn und Reichspost im Betrage von 650 Mill. RM. kommen.

Auf die Frage, ob bereits Aufgabengebiete für die im Frühjahr 1934 vorgesehenen zusätzliche Arbeitsbeschaffung vorgesehen sind, erklärte Selbte u. a.: Die Reichsregierung wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit aller Kraft fortsetzen. Die bekannten Maßnahmen, die sie getroffen hat, um einen Rückgang auf dem Arbeitsmarkt zu verhüten, rechtfertigen die Erwartung, daß die Reichsregierung bei dem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit zu Beginn des nächsten Jahres von einer erheblichen günstigeren Ausgangsstellung ausgehen wird, als im Frühjahr 1933. Im Rahmen der Arbeitsbeschaffung wird auch die Landwirtschaftliche Siedlung wie bisher mit allem Nachdruck gefördert werden.

Die Aufwärtsbewegung der Konjunktur wird in Deutschland fast ausschließlich vom Binnenmarkt getragen. Die

Ihre Ferien sind. Sie sollen sich erholen, tüchtig essen und sich nicht zu sehr anstrengen.“

„Das Schaffen ist mir schon Erholung. Gottlob, ich brauch mal zwei Wochen nicht tippen.“

„Sie haben es satt?“

„Von Herzen!“

„Zwei Wochen sind aber eine kurze Zeit!“

„Das nützt aber nichts, Herr von Kamerling! Die Pflicht ruft wieder! Ich muß verdienen und dann möchte ich Ihnen auch nicht länger zur Last fallen.“

„Das kommt nicht in Frage, Fräulein Elfe! Wie wäre es denn, wenn Sie die ganze Tipperlei an den Nagel hängen?“

„Ja, was soll ich dann tun?“

„Ja, was soll ich dann tun?“

„Ich engagiere Sie! Die Ramsell hat nichts dagegen, davon bin ich überzeugt.“

Eine helle Stimme klang von oben.

Die Ramsell steckte den Kopf zum Fenster heraus.

„Sawohl, Herr! Ich würde mich nur freuen, wenn Sie die Elfe hier behielten.“

„Sehen Sie!“ sagte Willfried. „Sie haben den wärmsten Fürsprecher. Weiben Sie auf Rosenburg, bei Ihrem Vater, der glücklich ist, daß sein Töchterchen an seiner Seite lebt. Ich zahle Ihnen bei freier Station vorläufig 50 Mark monatlich. Wenn Sie hin und wieder für mich etwas auf der Maschine schreiben, dann lege ich auch noch zu. Oder möchten Sie wieder in die Stadt zurück? Wird es Ihnen auf die Dauer zu einsam hier? Vielleicht haben Sie einen Schatz in der Stadt?“

Sie wurde rot und schüttelte den Kopf.

„Ich habe keinen Schatz, Herr von Kamerling, und will auch nicht nach der Stadt zurück ... ich möchte mit Vater erst einmal sprechen.“

„Schön, Fräulein Elfe! Sagen Sie mir morgen Bescheid.“

(Fortsetzung folgt.)

Kampf um Rosenburg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hoffstein.

20. Fortsetzung. Hochdruck verboten.

„Das ist nicht der Fall.“

Der Gendarm schüttelte den Kopf.

„Das verstehe ein anderer. Die Angelegenheit stimmt dann auch nicht. Sicher nicht. Erkundigen Sie sich einmal auf den in der Nähe liegenden Gütern, was dort den Polen gezahlt wird, und dann vergleichen Sie.“

„Hören Sie, Herr Rielisch, könnten Sie mir nicht den Befallen tun, das festzustellen. Sie kommen doch auf Ihren Dienstwegen überall herum.“

„Gern will ich das. Sie müßten nur ein paar Tage Geduld haben.“

„Aber selbstverständlich.“

„Es ist ja nun möglich, daß der Bruch höhere Löhne zahlt, weil er tatsächlich ein ... nach polnischen Landarbeitern gerechnet, mustergültiges Personal herausgebildet hat.“

„So mustergültig, daß sie im Jahre etwa 70 000 Liter Vollmilch den Schweinen verfüttert haben.“

„Vollmilch? Das ist doch wohl ein Irrtum?“

„Rein! Es ist so! Drum sind doch die zwei Polen fortgejagt worden.“

Peter Rielisch schüttelte abermals den Kopf.

„Das ist doch kaum glaublich. Ihre Schweine sind deswegen doch kaum fetter geworden.“

„Soviel, daß es 10 000 Mark im Jahre austrug, bestimmt nicht!“

Währenddessen war Elfe glücklich, Frau Rosellen tüchtig zur Hand gehen zu können. Die alte Frau — oder richtig das alte Fräulein — war überglücklich, daß einmal ein frisches junges Blut um sie herum war.

Sie hatte das Rädel vom ersten Augenblick an ins Herz geschlossen.

Mentale Arbeitsbeschaffung hat zu einer merkwürdigen Verbindung der Privatwirtschaft geführt. Auch im kommenden Frühjahr werden die Maßnahmen der Reichsregierung, der Privatwirtschaft in erheblichem Umfang zugutekommen.

Zum Schluss äußerte sich der Minister noch über Arbeitsdienstfragen, wobei er u. a. sagte, daß bis auf weiteres eine Verdichtung des Reges der Lager nicht in Frage komme. Es kämen aber jeweilige Verschärfungen statt, die je nach Abschluß und Neubeginn von Vorhaben notwendig wären. Die große Masse der aus dem Arbeitsdienst nach Ableistung ihrer zehnwöchigen Tätigkeit Entlassenen finde Arbeit, da die Arbeitgeber die aus dem Arbeitsdienst ausscheidenden gerne aufnehmen. Eine Einrichtung, die die Entlassungsfragen in großzügiger Weise und sozial regle, sei im Aufbau. Die Bedeutung des freiwilligen Arbeitsdienstes für die Mädel liege in erster Linie darin, daß die Mädel aus den Städten zu Landfrauen umgeformt werden. Die Ausgestaltung des weiblichen Arbeitsdienstes in Zukunft stehe noch nicht fest, da diese Frage viel schwieriger zu lösen sei, als die des männlichen Arbeitsdienstes.

Die Erfolge des Winterhilfswerks

Berlin, 23. Nov. Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes hat sich bekanntlich als Ziel gesetzt, daß in diesem Winter kein deutscher Volksangehöriger hungern und frieren darf. Die mit einer gewaltigen Kraftanstrengung geschaffene Organisation hat bereits jetzt nach einer Tätigkeit von kaum 7 Wochen so gewaltige Leistungen vollbracht, daß mit Bestimmtheit erwartet werden kann, daß das bestellte hohe Ziel erreicht wird. Die Berichte der deutschen Vertreter im Auslande zeigen, daß dieses Werk bei allen Kulturvölkern der Erde das größte Interesse erweckt hat. Das Auswärtige Amt hat sich daher veranlaßt, den in Berlin weilenden Vertretern der ausländischen Presse am Donnerstag Gelegenheit zu geben, sich mit den Maßnahmen und der Organisation des W.H.W. vertraut zu machen. Das Winterhilfswerk hat seinen zentralen Sitz im deutschen Reichstag und nimmt einen ganzen Flügel dieses mächtigen Gebäudes ein.

Der Reichsleiter des W.H.W., Reichstagsabg. Silkenfeldt, hielt einen einwöchigen Vortrag über Grundlagen und Aufbau des W.H.W. Vom W.H.W. ist auch der politische Gegner im Lande nicht ausgeschlossen. Man ist sogar so weit gegangen, bedürftigen Volksangehörigen, die der nationalsozialistischen Partei fernstehen und die aus irgend einem Grunde sich scheuten, zu den Verteilungsstellen zu kommen, selbst aufzusuchen und ihnen die Gaben ins Haus zu bringen. Es gibt keine Rücksicht auf politische Zugehörigkeit, auf Konfession und Klasse. Etwa 1,5 Millionen Menschen leisten neben ihrer beruflichen Arbeit einen ausgedehnten ehrenamtlichen Dienst. In den Verteilungsstellen arbeiten Angehörige aller Volksparteien, der katholische Caritasverband, das Rote Kreuz, die Innere Mission, Seelsorger, Technische Nothilfe usw.

Der Umfang des W.H.W. ist schon daraus zu erkennen, daß zwei Millionen Tonnen Kohle im Werte von 50 Millionen RM. im Laufe des Winters verteilt werden sollen. Das ist nicht weniger als 8 v. H. der gesamten deutschen Hausbrandversorgung. 10 v. H. der Kohlen sind gespendet worden, die übrigen 90 v. H. müssen aus den Mitteln des W.H.W. angekauft werden. An Kartoffeln werden 13 Millionen Zentner verteilt werden, von denen ein erheblicher Teil gespendet worden ist, aber für 8 Millionen RM. müssen eingekauft werden. Durch den zentralen Einkauf wird der deutschen Landwirtschaft gedient.

Das Gesamtaufkommen des W.H.W. wird mit 300 Mill. RM. veranschlagt. Da jede Familie 8 Zentner Kartoffeln und 12 bis 15 Zentner Kohle erhält, werden auch die Bedürftigsten erheblich entlastet. Zu betreuen sind noch etwa 6 Millionen Hilfsbedürftige. Neben den Arbeitslosen auch die Kurzarbeiter und die Kleinentner. Die Kleiderkammern haben ganz erhebliche Mengen gebracht. Das Eintopfergericht hat in Berlin im November über 400 000 RM. eingebracht. Ähnlich sind die Ergebnisse in den anderen Teilen des Reiches. Frankfurt a. M. 55 000, Köln 45 000 RM. Die größten Erträge kommen bezeichnenderweise gerade in den Gegenden des Reiches zusammen, in denen ärmere Schichten des Volkes wohnen. Das beweist am besten, daß das W.H.W. ganz besonders von den breiten Massen des Volkes getragen wird. Die kleine deutsche Reichswehr gibt in 6 Monaten den gewaltigen Betrag von 1 650 000 RM.

Pariser Stimmen

zur Verständigungsfrage

Paris, 23. Nov. Ein großer Teil der französischen Morgenblätter beschäftigt sich auch weiterhin eingehend mit den Erklärungen, die der Führer einem Vertreter des „Matin“ bzw. der „Information“ abgegeben hat. Wenn man sich auch allgemein darüber im Klaren ist, daß der Friede Europas nur durch eine deutsch-französische Verständigung gesichert werden kann, und eine unmittelbare Fühlungnahme deshalb unvermeidlich und nützlich ist, so herrscht doch hinsichtlich der anzuwendenden Methoden größte Verwirrung. Einige Blätter verlangen eine Aussprache unter vier Augen, andere wieder Besprechungen unter Hinzuziehung der französischen Verbündeten, wieder andere fordern die französische Regierung auf, den Augenblick nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen, und eine vierte Gruppe ist schließlich der Auffassung, daß Deutschland den ersten Schritt tun müsse, indem es zunächst einmal angebe, worüber es zu verhandeln wünsche.

Bertinax behauptet im „Echo de Paris“, daß die französisch-deutschen Streitfragen mit der Rückkehr des Saargebiets nach Deutschland nicht geregelt sein würden, weil dann die französischen Interessen am Rhein erledigt wären, was aber nicht der Fall sei. In den Besprechungen zwischen Laval und Brüning seien erhebliche Schwierigkeiten aufgetaucht, weil der französische Ministerpräsident gefordert habe, Deutschland müsse auf die Dauer von zehn Jahren auf jede Vertragsrevision verzichten. Es frage sich daher, ob der Führer über dieses Kapitel zu verhandeln bereit sei.

„Quotidien“ wünscht von deutscher Seite Klärung darüber, welches Verhandlungsprogramm die Reichsregierung aufzustellen gedenke.

Das „Devoir“ fordert die Regierungen der beiden Länder auf, Klipp und klar zum Ausdruck zu bringen, wie sie sich die Verwirklichung und die spätere Aufrechterhaltung des Friedens denken, an dem sie beide mit der gleichen Aufrichtigkeit zu hängen schienen.

Für die radikalsozialistische „Republique“ kommt in den friedlichen Erklärungen Hitlers die grundlegende Auffassung des deutschen Volkes zum Ausdruck.

Vor einem englisch-französischen Zollkrieg?

London, 23. Nov. Der Ausbruch eines englisch-französischen Zollkrieges steht unmittelbar bevor, falls die englische Regierung ihre Drohung durchführt, einen Zollsatz von 21 Prozent auf französische Ware als Gegenmaßnahme gegen den französischen Sonderzoll von 15 Prozent auf englische Waren zu erheben. Das englische Kabinett beschäftigte sich am Mittwoch mit der Angelegenheit. England hat, wie verlautet, bereits am 7. November anlässlich seiner Kündigung des Zollwaffenstillstandes der französischen Regierung Kargemacht, daß Gegenmaßnahmen ergriffen würden, falls der französische Sonderzoll, der seinerzeit auf Grund der Entwertung des englischen Pfundes eingeführt wurde, nicht innerhalb eines Monats abgeändert werde. Französische Handelsstreife sollen in Paris einen starken Druck auf die Beibehaltung des Sonderzolls ausüben. Falls bis zum 7. Dezember, dem Inkrafttreten der englischen Kündigung des Zollwaffenstillstands, keine Vereinbarung erreicht werden sollte, wird die englische Regierung voraussichtlich zu den angebotenen Gegenmaßnahmen in Form eines Sonderzolls auf französische Waren greifen.

Der sozialistische „Daily Herald“ will wissen, daß Handelsminister Runciman am Mittwochabend dem französischen Botschafter in London Corbin, ein dahingehendes Ultimatum überreicht habe. Der zur Zeit mit 15 französischen Kammerabgeordneten in London weilende frühere französische Finanzminister Gladin, der am Mittwochabend der Gast des englischen Außenministers Sir John Simon war, betonte in einer Ansprache die Notwendigkeit einer Einigung. Frankreich werde versuchen, Schwierigkeiten zu vermeiden und hoffe, daß England dasselbe tun werde. Er deutete aber an, daß Frankreich vorläufig nicht die Absicht habe, den Sonderzoll aufzuheben. Die öffentliche Meinung Frankreichs würde jedoch entsprechende Verhandlungen mit dem Hinblick auf eine Stabilisierung des englisch-französischen Wechselkurses begrüßen.

Neues vom Tage

Wolff Hütter bei Göring

Berlin, 23. Nov. Das preussische Staatsministerium teilt mit: Der Führer stattete Donnerstag nachmittag Ministerpräsident Göring an dessen Krankenlager einen Besuch ab. Die Genesung des Ministerpräsidenten macht langsam weitere Fortschritte. Sein Befinden ist, den Umständen entsprechend, befriedigend.

Ein Erlaß an die Unterrichtsminister der Länder

Berlin, 23. Nov. Reichsinnenminister Dr. Frit hat in einem Erlaß an die Unterrichtsminister der Länder erlaßt, daß den Schülern aller Schulen die Schicksalsbedeutung des 12. November klar vor Augen geführt und verständlich gemacht wird.

Nichtärztliche Ärzte in den Großstädten bis auf weiteres nicht mehr zugelassen

Berlin, 23. Nov. Eine jenseit erlassene Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Zulassung von Ärzten, Zahnärzten und Zahnchirurgen zur Tätigkeit bei den Krankenkassen trifft neue für Krankenkassen und Geräte bedeutsame Bestimmungen. Hiernach werden bis auf weiteres in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern Ärzte nichtärztlicher Abstammung, sowie Ärzte, deren Ehegatten nichtärztlicher Abstammung sind, zur Tätigkeit bei den reichsrechtlichen Krankenkassen nicht zugelassen. Diese Regelung war notwendig geworden, weil gerade in den Großstädten noch ein großes Mißverhältnis zwischen ärztlichen und nichtärztlichen Kasernenärzten besteht.

Einführung einer besonderen Bekleidung für Angehörige der deutschen Luftfahrt

Berlin, 23. Nov. Der Reichsminister der Luftfahrt hat die Einführung einer besonderen Bekleidung für Angehörige der deutschen Luftfahrt genehmigt. Diese Bekleidung lehnt sich in Schnitt und in den Abzeichen an die Uniformen der SA und SS an. Sie wird durch Reichsminister Göring in seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident des Deutschen Luftfahrt-Verbandes verliehen und zwar — worauf besonders hinzuweisen ist — nur auf Widerruf als eine Auszeichnung an Einzelpersonen, die Mitglieder der Fliegerstürme des Deutschen Luftfahrtverbandes sein müssen; sie muß aus eigenen Mitteln beschafft werden.

Räuberlicher Überfall auf einen Geistlichen

Köln, 23. Nov. Mittwochabend erschienen in dem Studierzimmer des katholischen Friedhofsgeistlichen Zahnien vom Weisfriedhof drei maskierte Leute, die sich auf den Geistlichen stürzten und ihn unter Vorhalten eines Revolvers auf die Erde warfen. Sie steckten ihm dann einen Knebel in den Mund, mit dem sie vorher verjagt hatten, dem Geistlichen den Hals zuzuschneiden. Einer der Täter schlug dabei mit einem scharfen Gegenstand auf den Geistlichen ein und brachte ihm sechs klaffende Wunden am Kopfe bei. Ein anderer durchwühlte die Schreibtischschublade. Pöhllich liegen die drei Täter alles liegen und verschwanden. Aufscheinend fühlten sie sich gestört und haben von ihrem Vorhaben, Geld zu rauben, Abstand genommen.

Vertil reicht Nichtigkeitsbeschwerde ein

Wien, 23. Nov. Der Verteidiger Vertils, Dr. Wächter, hat gegen das vom Wiener Schöffengericht gefällte Urteil wegen des Anschlags auf Bundeskanzler Dollfuß die Nichtigkeitsbeschwerde eingereicht. Infolgedessen wird sich auch der oberste Gerichtshof mit diesem Prozeß noch zu befassen haben.

Die Finanzdebatte in der französischen Kammer

Paris, 23. Nov. Die Kammer hat am Donnerstag den von der Regierung bekämpften sozialistischen Gegenantrag zur Finanzsanierung mit 410 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Russisches Großflugzeug abgestürzt

17 Tote

Moskau, 23. Nov. Aus Charkow wird amtlich gemeldet, daß dort das Flugzeug „A 7“ aus bisher noch nicht bekannten Gründen abgestürzt ist. 17 Personen, die sich an Bord befanden, sind getötet. Das Flugzeug verbrannte. Die Regierung hat einen Untersuchungsausschuß, bestehend aus Mitgliedern der Arbeiter- und Bauerninspektion, der DSKU, und zwei Staatsanwälten eingesetzt.

Lokales

Wildbad, 24. Nov. 1933.

Reichszuschüsse für Gebäudeinstandsetzungsarbeiten usw. Ziel der Arbeitsbeschaffungsmassnahme ist, die Arbeiten rasch in Gang zu bringen, um die Entlastung des Arbeitsmarktes und die Beschäftigungszunahme im Handwerk frühstens herbeizuführen. Die Arbeiten müssen daher spätestens bis zu der im Vorbescheid bestimmten Frist begonnen werden. Im anderen Fall ist nach strenger Anweisung der Regierungsstellen die Zuschusszahlung zurückzunehmen und einem anderen Bewerber zuzuteilen. Selbstverständlich sind die Arbeiten auch mit der größtmöglichen Beschleunigung zu vollenden; auch hier könnte Säumigkeit zur Entziehung des Zuschusses führen. Um diese Beschleunigung der Arbeiten zu erreichen, müssen die Bauhandwerker in weitestem Umfang Arbeiter einstellen. Ueberzeitarbeit ist nur in Ausnahmefällen zulässig, wenn Gefahr im Verzuge ist und keine geeigneten Hilfskräfte mehr zur Verfügung stehen. Zuschüsse dürfen nicht für solche Arbeiten gegeben werden, die vor der Antragstellung begonnen wurden; Anträge auf Ausnahmezulassung sind zwecklos. Die für die Antragstellung eingereichten Rechnungen müssen bei der Gemeindebehörde bleiben. Den Antragstellern wird empfohlen, sich jeweils eine Zweifertigung der Rechnung geben zu lassen. Aus den bisherigen Veröffentlichungen sind alle maßgeblichen Bestimmungen zu ersehen. Die mit der Durchführung beauftragten Stellen sollten deshalb nur in besonders dringenden Fällen um weitere Auskunft angegangen werden; nicht unbedingt nötige Anfragen erschweren die Durchführung dieser wichtigen Arbeitsbeschaffungsmassnahme.

— Glodenläuten am Gefallenen-Gedenktag. Am kommenden Sonntag, dem Gefallenen-Gedenktag, werden die evangelischen Kirchen des Landes von 12 bis 12.15 Uhr ihre Gloden ertönen lassen. Auch in den katholischen Kirchen wird zu der bisher üblichen Zeit mit allen Gloden geläutet werden.

— Neue Mittel für Neubauten. Die öffentlichen Sparkassen haben schon immer zur Finanzierung der Bautätigkeit erhebliche Beträge bereitgestellt. Neben den direkt gewährten ersten Hypotheken leisten sie der von ihnen, den Ortskörperschaften und Gemeinden garantierten Dessertischen Bauparkasse Württemberg fortlaufend größere Zuschüsse zur Erhöhung und Beschleunigung der Zuteilungen. Die Dessertische Bauparkasse Württemberg kann damit den Baupartern vielfach die sonst kaum zu beschaffende zweite Hypothek gewähren. Sie hilft mit diesen Baugeldern manchem Volksgenossen zu einem eigenen Heim, das ihn mit dem Boden seiner Heimat eng verbindet. Die Dessertische Bauparkasse Württemberg und die neuerdings mit ihr vereinigte Dessertische Bauparkasse der Stadt, Sparkasse Stuttgart können jetzt mit Hilfe eines besonderen Kredits aus Mitteln der Sparkassenorganisation eine Sonderzuteilung von 5 Millionen RM. durchführen. Die Gesamtausstattungen erhöhen sich dadurch auf 31,3 Millionen RM., das sind mehr als 50 Prozent der Gesamtvertragssumme von 60,2 Millionen RM.

Württemberg

Stuttgart, 23. Nov. (Zirkus Busch.) Am 1. Dezember beginnt in der Stuttgarter Stadthalle das Gastspiel des Zirkus Busch. Die Stadthalle bekommt eine Sireinrichtung für zehntausend Personen, sie bekommt vor allem außer der Zirkusmanege eine neue Bühne mit den neuesten technischen Einrichtungen. Bühne und Manege werden zusammenwirken bei den Manegeschauspielen, die Busch veranstaltet wird. Nicht weniger als 500 Menschen und 400 Tiere sind an dem Zirkus-Programm und dem Manegeschauspiel jeder Vorstellung beteiligt.

Eisernes Kreuz der Königin Luise. Am Mittwochabend sprach in der Viederrhalle die Bundesfürstin des Königin Luise-Bundes, Freiin von Hadeln. Am Nachmittag hatte sie das neugegründete Heim des Bundes in der Schillerstraße besichtigt. Dabei wurde ihr ein seltenes Geschenk überreicht. Es ist dies ein eisernes Kreuz an eiserner Kette, das Königin Luise auf ihrer Flucht nach Nemel im Hause des Großlaufmanns Consensus dort für geliebte Gastfreundschaft zurückließ und das durch die jüngste Tochter dieses Kaufmannshaus nach Hoheneck bei Ludwigsburg kam und durch verschiedene Hände in den Besitz der bekannten Jugenddichterin Toni Schumacher gelangte. Eine Nichte Toni Schumachers, welche Bundeskameradin ist, stiftete das einzigartige Schmuckstück der Ortsgruppe Stuttgart. Sichtlich bewegt nahm Freiin v. Hadeln das seltene Geschenk in Besitz und schied mit Worten innigen Dankes für den schönen Empfang aus dem Jugendheim des Bundes Königin Luise.

Am Grabe Feuersteins. Noch nie dürfte der Friedhof von Gablenberg eine so große Trauergemeinde gesehen haben wie Mittwoch nachmittag, als der ermordete Filialleiter der Stuttgarter Bank, Julius Feuerstein, zur letzten Ruhe bestattet wurde. Vor dem im Leichenhaus aufgebahrten Sarg hielten Mitglieder des Turnvereins Gablenberg die Ehrenwache. Die Sänger dieses Vereins sangen ein Lied, worauf Turner den Sarg zum Grabe trugen. Dem Sarge voran wurden die Fahnen der Arbeitsfront getragen. Stadtpfarrer Lutz hielt die ergreifende Trauerrede, der zahlreiche Nachrufe und Kranzniederlegungen folgten. Alle Ansprachen und die nach Tausenden zählende Trauergemeinde zeugten von der Wertigkeit für den durch ein tragisches Geschick, eine ruchlose Tat, allzufrüh aus dem Leben Geschiedenen und für die Teilnahme weitester Kreise.

Kornwehheim, 23. Nov. (Vom Rangierzug erfaßt.) Reichsbahn-Oberinspektor Knapp wurde beim Ueberfahren der Gleise auf dem Güterbahnhof von einem Rangierzug erfaßt und schwer verletzt. Kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus nach Ludwigsburg starb der angegebene Beamte.

Schwaigern, 23. Nov. (Todesfall.) Stadtpfarrer Waldhaur ist einem Schlaganfall erlegen. Nachdem er schon im Vorjahr einen leichten Schlaganfall erlitten hatte, trat er nach 39-jähriger jeßorgerischer Tätigkeit in hiesiger Stadt in den Ruhestand. Der Umzug aus dem Pfarrhaus in eine Mietwohnung und was dergleichen mehr ist, war für den

Zum Bohnern gibt es vielerlei!

Gefest

...und Du bleibst dabei!

Kaufe die Waren deiner Heimat, damit du kämpfst gegen Hunger und Kälte!

gesundheitlich erschütterten Herrn anheimeln zu groß, wenn ein zweiter Schlaganfall führte seinen Tod herbei. Er wurde 1867 in Stuttgart geboren. Im Frühjahr 1894 trat er sein Amt hier an, das er 39 Jahre in Treue ausfüllte.

Schorndorf, 23. Nov. (Amts einsetzung.) Mittwoch wurde der neuernannte Bürgermeister Beeg, vorher Bürgermeister in Sulz a. N., im Gemeinderat durch Landrat Dr. Schenk in sein Amt eingeführt. Der seitherige stellvert. Bürgermeister Notar Schausler, Kreisleiter Kaufmann, Stadtbaumeister Vogel, Defan Rieder, Stadtpfarrer Matt und Stadtrat Gottwid hießen den neuen Bürgermeister willkommen.

Schorndorf, 23. Nov. (Klärungsfrage.) Der Gemeinderat stimmte dem Plan des Baus einer Sammelklärungsanlage zu. Die Baukosten belaufen sich auf 110.000 RM. Zunächst könnten die beiden hiesigen großen Lederfabriken, die sonst eigene Kläranlagen zu errichten hätten, angeschlossen werden und etwa 40 Spülaborte, die alle zu den Kosten herangezogen werden würden. Zunächst fehlen noch die Mittel, die jedoch angesammelt werden sollen.

Ulm, 23. Nov. (Wieder aufgegriffen.) Im April d. J. wurde der ehemalige Bahnmeister Kuhn von Station Thaffingen wegen Brandstiftung zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt. Als das Urteil rechtskräftig geworden war und Kuhn, der die Tat heute noch leugnet, die Strafe antreten sollte, verschwand er. Man vermutete, daß er den Tod gesucht habe, da alle Nachforschungen nach ihm ergebnislos blieben. Ueberraschenderweise tauchte nun Kuhn, der sich den ganzen Sommer über in den Ruinen der Brandstätten und ihrer Umgebung aufgehalten hatte, wieder auf und wurde sofort verhaftet.

Nutesheim, O. Leonberg, 23. Nov. (Abgestürzt.) Mittwoch stürzte der 15 Jahre alte Albert Grözinger, Sohn des Landwirts Friedr. Grözinger, vom Scheunboden und brach beide Arme.

Waldlingen, 23. Nov. (Ehrenbürgerbrief.) Am Mittwoch begab sich eine Abordnung des Gemeinderats nach Stuttgart, um dort Ministerpräsident Mergenthaler die Ehrenbürgerrechtsurkunde seiner Vaterstadt zu überreichen. Bürgermeister Diebold stellte dem Ministerpräsidenten die Mitglieder der Abordnung vor. Der Ministerpräsident Mergenthaler nahm die Mappe entgegen; beim Durchlesen des Ehrenbürgerbriefes blieb sein Blick vor allem auf dem Bild seines Elternhauses haften. Der Ministerpräsident erklärte, daß ihm diese Ehrung durch seine Vaterstadt, der Stadt, auf deren Friedhof seine Eltern ruhen und mit der ihn auch heute noch verwandtschaftliche Beziehungen verknüpfen, besondere Freude bereite. Er fühle sich mit seiner Heimatstadt auch heute noch eng verbunden. Er danke deshalb dem Gemeinderat herzlich für dieses ehrende Gedenken.

Neuhausen, O. Urach, 23. Nov. (Diamantene Hochzeitfeier.) Die hochbetagten Eheleute Fritz Stad und Katharine geb. Koch konnten, umgeben von zahlreichen Kindern, Enten und Urenkeln ihr 60jähriges Ehejubiläum feiern. Vom Reichspräsidenten v. Hindenburg, von Mini-

sterpräsident Mergenthaler, von Landesbischof Wurm, Dekan Ott, Bürgermeister Theure und Generalleutnant v. Maur waren Glückwünschkarten eingegangen.

Honau, O. Reutlingen, 23. Nov. (Brand im Elektrizitätswerk.) Abends brach in dem Dachstuhl des Maschinenraumes von Ingenieur Ziegler in Honau infolge Kurzschlusses Feuer aus. Glücklicherweise waren in verschiedenen Sälen Leute verjammelt, so daß erste Hilfe bereit stand, schon bevor die Wehren von Honau, Unterhausen-Spinnerei und Reutlingen eintrafen. Dem schnellen Zugreifen war es auch zu danken, daß sich die Feuerwehren auf den Schutz des an den Maschinenraum angebauten Wohnhauses beschränken konnten, das auch gerettet wurde. Da in der nächsten Umgebung keine Beleuchtung war — ganz Honau war ohne Licht — leistete der Pionierwagen der Reutlinger Feuerwehr vorzügliche Dienste.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Erlass des Reichsarbeitsministers vom 8. November 1933 über ein weiterverzigertes Verfahren bei der Einbeziehung von Minderbemittelten in die für die Fettverbilligung in Betracht kommenden Kreise bekommt seine besondere Bedeutung durch die darin ausgesprochene Bevorzugung der Kinderreichen. Nunmehr können auch Familien mit drei und Witwen mit zwei Kindern im weiteren Umfange berücksichtigt werden, auch wenn es sich um Lohnempfänger handelt. Auch bei den dem Mittelstand zuzurechnenden Familien mit mäßigem Einkommen ist der Anspruch auf die Fettverbilligung in der Regel zu bejahen.

In Hamburg wurden 11 Mitglieder des früheren Roten Frontkämpferbundes verhaftet, die am 3. Dezember 1930 bei einem politischen Zusammenstoß den Polizeiwachmeister Knies erschossen haben.

Kommunistische Zentrale in Santander ausgehoben. In Santander wurde von der Polizei eine kommunistische Zentrale entdeckt und ausgehoben. In einem dort befindlichen Waffenlager sind u. a. 270 Bomben gefunden und beschlagnahmt worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Mussolini im Getreide-Ausschuß mitteilte, daß die diesjährige italienische Getreideernte mit 81,2 Millionen Doppelzentnern (gegen 75 Millionen im Vorjahr) den Bedarf des Landes; die „Getreidekrise“ sei gewonnen.

Der Führer der Deutschen Studentenschaft veröffentlicht einen Aufruf für das Winterhilfswerk. In engster Zusammenarbeit mit allen Kreisen des Volkes soll jeder Student mit aller Kraft dafür sorgen helfen, der Not Einhalt zu gestalten.

Der Treuhänder der Arbeiter für Westfalen, Dr. Klein, wendet sich, wie das WZ-Büro meldet, in einem Erlass entschieden dagegen, daß einzelne Unternehmer sich nicht an die bestehenden Tarifverträge halten, weil sie den beteiligten Organisationen nicht angehören. Es könne nicht geduldet werden, daß irgendein Verursachter sich auf Kosten sei-

ner Vitarbeiter gegenüber seinen anderen Verursachern eigennützige Vorteile dadurch ergattert, daß er Preise und Tarife unterschreibe.

Russisch-mandschurischer Grenzzwischenfall. Ein neuer russisch-mandschurischer Grenzzwischenfall wird aus der mandschurischen Hauptstadt Tschagischun gemeldet. Russische Truppen werden von den mandschurischen Behörden beschuldigt, zweieinhalb Kilometer tief in mandschurisches Gebiet eingedrungen zu sein und auf mandschurische Truppen geschossen zu haben.

1600 Frankfurter Junggesellen sollen heiraten. Die Magistrats-Preßstelle Frankfurt a. M. teilt mit: Nachdem der Oberbürgermeister festgestellt hat, daß in der Stadtverwaltung noch 1600 ledige Personen als Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt sind, hat er aus staats- und bevölkerungspolitischen Gründen diesen aufgegeben, die Gründe, die einer Verheiratung entgegenstehen, mitzuteilen bzw. der Frage einer Heirat ernsthaft näherzutreten.

Baron von Edarstein † Im Haag ist Baron von Edarstein im 71. Lebensjahr plötzlich an Herzschlag gestorben. Er war aktiver Gardeoffizier und wurde von Bismarck in den diplomatischen Dienst berufen. Unter Graf Haugwitz war er als stellvert. Geschäftsträger in London tätig und hatte besonders gute persönliche Beziehungen zur Königin und zu König Eduard VII.

Strenge Kälte in Sibirien. Im Bezirk Irkutsk (Sibirien) sind außerordentlich starke Fröste eingetreten. In einigen Gegenden Sibiriens erreichte die Kälte bereits 35 Grad. Viele Menschen sind erfroren.

Den Hungertod erlitten. Ein erschütterndes Bild bot sich am Wahlsonntag einigen SA-Leuten in Mainz, als sie ihr Schlepperboot in die Wohnung des alleinstehenden 62jährigen Holzbildhauers Karl Peter Klaus führten. Dort lag Klaus seit mehreren Tagen in schwerem Zustand darnieder und war, da sich niemand um ihn kümmerte, nahezu verhungert. In dem Schlafzimmer herrschte eine grauenhafte Unordnung und ein schauerhafter Geruch. Im Kopfsaar des unglücklichen Menschen hatten sich Spinnen eingenistet und das Haar war von Spinnweben überzogen. Die SA-Leute sorgten für die sofortige Ueberführung in das Stadt Krankenhaus. Dort war jedoch jede ärztliche Kunst vergebens.

Malaria verwüstet ein Schiff. Der schwedische Dampfer „Elsie“, der, aus Westafrika kommend, in Lissabon eingelaufen ist, hatte nur vier Mann an Bord. Die übrigen 18 Mann der Besatzung — Offiziere und Mannschaften — sind auf dem Wege von Afrika alle der Malaria zum Opfer gefallen.

Kohlenhändler gewinnt 5 Millionen Franken. Das große Los der französischen Staatslotterie in Höhe von 5 Millionen Franken ist von einem Kohlenhändler in Avignon gewonnen worden. Nach Marseille sind nicht weniger als für 3 Millionen Gewinne gefallen. In Paris ist ein Los von 500.000 Franken von einem Lastträger gewonnen worden.

Stadt Wildbad.

Zur Ehrung unserer im Krieg gefallenen Brüder findet am

Sonntag den 26. November

im Anschluß an die kirchliche Feier eine gemeinsame öffentliche

Gedenkfeier

beim Kriegerdenkmal auf dem Waldfriedhof

statt. Die Verbände und die Vereine treten um 11 Uhr auf dem Adolf-Hitler-Platz zu gemeinsamem Marsch nach dem Ort der Feier an.

Die übrige Einwohnerschaft wird eingeladen, sich zur Feier einzufinden.

Es wird gebeten, an diesem Tage Halbmaß oder mit Trauerflor zu tragen.

Für die Kriegsgräberfürsorge wird eine Sammlung veranstaltet, deren Unterstützung aus Herz gelegt wird. Für die Aufnahme der Gaben sind die Urne beim Kriegerdenkmal und die aufgestellten Opferkränze bestimmt.

Bürgermeister Riebling.

Am

Freitag, 24. November

gelangt in Wildbad im Saale der „Alten Linde“, mittags 5 Uhr und abends 1/2 9 Uhr der bekannte historische

Groß-Fonfilm

„Kreuzer Emden“

zur Aufführung. Ein Film zur ewigen Erinnerung an die Helden Deutschlands, an das einige, opferwillige und pflichtgetreue deutsche Volk von 1914. Dieser Film ist ein geschichtliches Dokument; jede Szene beruht auf Tatsachen. Ein Film von nie geahnter Wucht und Schönheit.

Beginn: mittags 5 Uhr, und abends 1/2 9 Uhr; mittags Schüler 20 Pfennig.

Zum Beiprogramm überwältigende Bilder vom 15. Deutschen Turnfest 1933 in Stuttgart!

WEIN

Ebendorfer Weißwein 1/2 fl.
Dürkheimer Rotwein 1/2 fl.
Deutsch. Bernsteintwein 65 g

Malaga . . . 1/2 fl. —

Butter-Zwieback 2 P. 25 g
mit Vanillegeschmack
Xox-Butter-Keks 35 g

... und 5% Rabatt

Otto Boff, Niederlage von

Thams & Garfs

Hamburger Kaffee-Lager



Das Ski-Kostüm der Dame

sportlich, zweckmäßig, modern und prägnant, zeige ich zur Zeit in meiner

Spezial-Ausstellung

Unverbindl. Befichtigung erbeten

C. Berner

Ecke Metzger- und Blumenstrasse

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Winterhandschuhe

DAMEN	HERREN
Kunstseide mit angewirbeltem Füller, gemusterte Stulpen, zum Knöpfen	reine Wolle gestrickt, schwere, haltbare Qualität
0,95	1,45
Kunstseide mit wärmendem Füller, elegante Schlupfform, mit Verzierung	Wildleder-imitation, feinmaschige Qualität, mit wollestem Füller
1,45	1,45
reine Wolle gestrickt, mit gemustertem Flauschrand	Nappaleder, kräftige haltbare Qualität, mit wärmendem Füller
0,95	4,25
reine Wolle gestrickt, mit grobem, gemusterten Flauschmanschetten, der modische Handschuh	KINDER
2,45	reine Wolle gestrickt, mit gemustertem Flauschrand
	0,75
Nappaleder, kräftige solide Qualität, gefüllter, mit 2 Druckknöpfen	Wildleder-imitation, kräftige Qualität, mit wärmendem Füller
3,85	0,95

Neue

Fausthandschuhe

verloren gegangen

Abzugeben gegen Finderlohn in der Tagblattgeschäftsstelle.

Milch

ist zu haben bei

Fr. Schmid, Holzhauer.

Die Mühlstein Rundfunk

Sonderpost

70 Seiten hart, mit Weltprogrammen, vielen Bildern und Texten

Die bestausgestattete und inhaltsreiche Deutsche Funkzeitung

Mit Sonderlieferung

Monatsabonnement nur 35 Pf. durch die Post, Einzelheft 25 Pf. Probeheft gern umsonst vom Verlag, Berlin N24

Durch Wegzug

vom Paulinenhof sehe ich folgendes lebendes und totes Inventar dem Verkauf aus:

5 Kühe, 1 Zweispänner-Wagen, 1 Einspänner-Wagen, 1 Britischenwagen, 1 Milchwagen, 1 Opel-Lieferauto, 1 Futterschneidmaschine, elektr., 1 Wiesenege, 25 Stück Milchkannen, Inhalt je 20 Liter, 1 Milchhühlerapparat, 1 Pflug, sowie verschiedene landwirtschaftliche Geräte.

Besichtigung und Verkauf kann jederzeit im Paulinenhof erfolgen.

Tubach, Paulinenhof, Wildbad.



Liederkranz Wildbad

Am Samstag den 25. November, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Alte Linde“ die

Hauptversammlung

statt, wozu alle aktiven, Ehren- und passiven Mitglieder höflichst eingeladen sind.

Anträge sind bis spätestens Freitag abend beim Vorstand schriftlich einzureichen.

Der Ausschuß.